

## Betäubungsmittelgesetz

### Drogenbeauftragte will kontrollierte Heroinabgabe

Frankfurt/Main (dpa/lhe) - Die Bundesdrogenbeauftragte Sabine Bätzing (SPD) hat erneut für eine kontrollierte Vergabe von künstlichem Heroin an Schwerstabhängige plädiert. Dazu müsse das Betäubungsmittelgesetz geändert werden, sagte Bätzing am Dienstag in Frankfurt beim Besuch einer Drogeneinrichtung.

Sieben Städte, darunter Frankfurt, hatten sich an einem Modellprojekt zur Abgabe von Diamorphin beteiligt. Bätzing sagte, das synthetische Heroin sei ein Medikament, mit dem Drogenabhängige erreicht werden könnten, "die bisher durchs System gefallen sind". Schließlich sei Rauschgiftsucht eine Krankheit.

Mehr als ein Dutzend Bundesländer hatten im September 2007 einer Gesetzesinitiative zugestimmt, um eine Zulassung von Diamorphin zu erreichen. Der Bundestag müsse diese Vorlage beraten, um das Betäubungsmittelgesetz zu ändern. Dann könne das Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte das synthetische Heroin als Medikament zulassen.

Bätzing sagte, die Kosten für Diamorphin hielten sich in Grenzen. Es gehe um bundesweit maximal 5000 Schwerstabhängige, bei denen es im Vergleich zu einer Methadonbehandlung pro Jahr und Fall Mehrkosten von 2000 Euro gebe. "Das kann bezahlt werden", sagte die Drogenbeauftragte. Diamorphin müsse von den Krankenkassen finanziert werden. Die Kosten für die psychosoziale Begleitung müssten die Kommunen tragen.

Die Stadt Frankfurt will das Heroin-Modellprojekt fortsetzen. Nach Angaben des Gesundheitsdezernats sind dafür im Haushaltsentwurf 2009 entsprechende Mittel eingeplant. Die Kosten sollen rund 1,7 Millionen Euro pro Jahr betragen.

Die heroingestützte Behandlung von Schwerstabhängigen wurde im Jahr 2002 ins Leben gerufen. Das Modellprojekt richtet sich an langjährig abhängige Junkies, bei denen andere Programme mit Ersatzstoffen wie Methadon fehlgeschlagen sind.